

## Haushaltsrede der CDU-Fraktion vom 19.03.2024

19. März 2024

Herr Bürgermeister,  
Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
Liebe Ratskolleginnen und Kollegen,

mit der heutigen Beschlussfassung über den Haushalt 2024 und 2025 schließen wir die wohl wichtigste Phase im Jahreskalender des Stadtrates. Die Beratung und die Vorbereitung umfassen dabei einen immensen Aufwand auf allen Ebenen. Wie wir alle wissen, ist diese komplexe Aufgaben keineswegs einfach und bedarf Wochen und Monate der Arbeit. Deshalb lassen Sie mich mit einem Dank beginnen.

Lieber Herr Hafers,  
im Namen der CDU-Fraktion danke ich Ihnen und dem gesamten Team für die unermüdliche Arbeit die in dem vorliegenden Zahlenwerk steckt. Es ist Ihre Arbeit, die uns als Kommunalpolitik erst in die Lage versetzt Entscheidungen zu treffen. Ihr Einsatz - in Haushaltsworkshops bis spät in den Abend oder auch an Wochenenden - für unsere Fraktion Rede und Antwort zu stehen, ist bei weitem keine Selbstverständlichkeit. Nur mit Ihrer Unterstützung können die Fraktionen Konzepte entwickeln, Ideen diskutieren und die besten Entscheidungen für die Menschen in Alsdorf treffen. Hierfür möchte ich Ihnen ganz herzlich danken!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

in den aktuellen Zeiten ist ein solider Haushalt unverzichtbar, aber ebenso herausfordernd in der Aufstellung. Wir befinden uns nicht nur Alsdorf in einer schwierigen Lage: Kaum war die Pandemie für beendet erklärt, folgte ein Krieg in Europa, Lieferengpässe und steigende Preise in allen Bereichen insbesondere Energiepreise, die durch die Decke gehen und eine stark geschwächte Wirtschaft. All das belastet unseren kommunalen Haushalt so wie die Bürgerinnen und Bürger auf eine völlig neue Art und Weise. Dazu kommen hohe Tarifabschlüsse zwischen Bund und Kommunen sowie dauerhafte Mehrausgaben für die Integration und die Unterbringung von Asylsuchenden.

Und als wäre das alles noch nicht genug, denkt sich die Bundesregierung jeden Tag eine neue Möglichkeit aus, die Kommunen zu belasten. Mit dem Wachstumschancengesetz hat der Bundesfinanzminister die Axt an die kommunalen Gewerbesteuern gelegt. Bis zu 1,9 Milliarden Euro an Steuereinnahmen könnten den Kommunen durch dieses Gesetz entgehen. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Politische Projekte werden immer wieder aus dem gemeinsamen Steuerverbund finanziert. Der Bund bestellt und die Kommunen sollen zahlen.

Das Steuerentlastungsgesetz, die Einführung des Bürgergeldes, das Inflationsausgleichsgesetz - all das führt zu erheblichen Belastungen der Finanzen von Kommunen und Ländern. Über 600 Millionen Euro Belastungen durch das Steuerentlastungsgesetz, mehr als 200 Millionen im Jahr für das Bürgergeld, das Inflationsausgleichsgesetz schlägt ein Loch von über 1 Milliarde Euro in die kommunalen Haushalte. Die Entlastungspakete des Bundes werden zu mehr als der Hälfte von Land und Kommunen bezahlt. Insgesamt belastet die Politik der Bundesregierung die Kommunen in Zukunft mit mehr als 4 Milliarden Euro pro Jahr. Das Ergebnis sehen wir in der zu beschließenden Haushaltssatzung heute.

Herr Bürgermeister,  
Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich aber auch nicht das Land aus der Verantwortung nehmen. Zwar belastet der Bund aktuell massiv den Landeshaushalt, doch auch die Landesregierung trägt durchaus zur angespannten Lage der Kommunen bei, denn gerade die Beendigung der Isolierungsmöglichkeit der Kosten aus COVID-19 und dem Krieg in der Ukraine, reißt uns vor Ort ebenfalls ein Steuerungsmöglichkeit aus den Händen.

Wenn Land und Bund in Zukunft noch einen letzten Funken finanzielle Souveränität der kommunalen Familie erhalten möchten, muss sich sowohl die finanzielle Ausstattung der Kommunen als auch der aktuelle Politikstil der Weiterreichung von Kosten grundlegend ändern. Deshalb ist es für die CDU-Fraktion auch völlig selbstverständlich die heute abzustimmende Resolution mitzutragen und deutlich zu machen: Wenn Bund und Land sich nicht endlich ernsthaft - und ohne politische Spielchen – bewegen, wird die kommunale Selbstverwaltung kollabieren.

Was ein solcher Kollaps bedeutet, sieht man, wenn man statt einem fiktiven einen realen Haushaltsausgleich in Alsdorf zu Grunde legt. Denn das würde allein für eine Alsdorfer Familie im neugebauten Einfamilienhaus über 1.000 Euro Mehrabgaben durch die Grundsteuer B bedeuten. Das ist die dunkle Zukunftsaussicht, wenn die höheren Ebene weiter ihre Verantwortung hin und her schieben, statt die Probleme zu lösen.

Herr Bürgermeister,

Sie schlagen dem Rat der Stadt Alsdorf heute eine rückwirkende Erhöhung des Grundsteuer B Hebesatzes um 200 Prozent Punkte vor. Das mag für ein Einfamilienhaus aus den 50ern vielleicht noch verträglich sein, doch kann dies bei einem Neubau auch hier schon mit circa 380 Euro Mehrabgaben im Jahr zu Buche schlagen. In den aktuell sowieso schon angespannten Zeiten, belastet dieser Vorschlag die Menschen in unserer Stadt erheblich und vor allem plötzlich.

Auch wir sehen, ohne die Unterstützung aus Land und Bund, keinen Ausweg mehr außer eine Steuererhöhung – doch ist es an dieser Stelle eine Frage der Herangehensweise.

Jahrelang haben Sie Herr Bürgermeister mit Ihrer SPD-Ratsmehrheit die Grundsteuer B Erhöhung vor sich her geschoben mit der Argumentation sie durch geeinigte Maßnahmen im Haushalt abgewendet zu haben. Dazu zitiere ich gerne einmal aus dem letzten Budgetbericht:

„Bereits im Rahmen der Erstellung der 3. Fortschreibung des HSP sollte der Hebesatz der Grundsteuer B ursprünglich ab dem Jahr 2022 von 695 % um 95 % Prozentpunkte auf 790 % erhöht werden. Dies konnte im Rahmen der 4. Und 5. Fortschreibung durch geeignete andere Maßnahmen abgewendet werden. Auch im Rahmen der 6. Fortschreibung des HSP war eine Sicherung der Gesamtfinanzierung des Haushaltes 2023 noch durch andere geeignete Maßnahmen möglich. Die aktuelle Haushaltsplanung 2023 sieht nun eine Erhöhung der Grundsteuer B im Jahr 2026 von 695% um 130% auf 825% vor.“

Und ich ergänze den aktuellen Stand: Die aktuelle Haushaltsplanung 2024 sieht eine rückwirkende Erhöhung der Grundsteuer B im Jahr 2024 von 695% um 200% Punkte auf 895% vor.

Herr Bürgermeister,  
Verehrte Kollegen der SPD-Fraktion,

dass eine Erhöhung der Grundsteuer B in dem vorliegenden Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung unumgänglich ist, solange uns Land und Bund nicht endlich Luft zum Atmen lassen, erkennen wir als CDU-Fraktion an.

Doch Sie haben mit Ihrer Finanzplanung der letzten Jahre dazu beigetragen, dass die Grundsteuer B Erhöhung Jahr für Jahr von 95% auf 130% bis heute auf 200% gestiegen ist, während Sie den Bürgerinnen und Bürgern verkauft haben, dass sie eine Erhöhung abgewendet haben. Dieses historisch gewachsene Problem des Aufschiebens führt nun zu einer historisch drastischen Belastung der Alsdorferinnen und Alsdorfer.

In den vergangenen Jahren haben wir als CDU-Fraktion immer wieder Ihre Haushaltsdisziplin in Frage gestellt und geplante Ausgaben kritisch hinterfragt zuletzt den Stellenplan, der nun - wie von uns angemerkt – plötzlich doch noch anpassbar war. Vor ein paar Monaten sind wir allein schon für die Frage, ob es hier noch Kürzungspotential gibt, angegriffen worden. Dabei ist der Stellenplan nun ein Teil Ihrer Konsolidierungsmaßnahmen, denn Sie haben ein 30 Millionen Euro schweres Kürzungspotential von 2024 bis 2027 plötzlich in diesem Haushalt gefunden. Da bekommt man das Gefühl, dass Sie den großen Teil dieser 30 Millionen entweder in der mittelfristigen Finanzplanung gefunden haben und damit auf Hoffnungen und Träume setzen oder ursprünglich geplant hatten, 30 Millionen Euro über Ihre Verhältnisse zu leben.

Herr Bürgermeister,  
meine Damen und Herren,

die CDU-Fraktion wird den vorliegenden Vorschlag der rückwirkenden Erhöhung des Grundsteuer B Hebesatzes um 200% Punkte in diesem Jahr nicht mittragen.

Deshalb liegt Ihnen ein Alternativvorschlag zum heutigen Beschluss über die Haushaltssatzung aus unserer Fraktion vor. Dieser sieht vor die Grundsteuer B nur um 100% Punkte in diesem Jahr und um weitere 50% Punkte im kommenden Jahr zu erhöhen. Eine veränderte Verwendung des Eigenkapitals trägt dabei zum ausgeglichenen Haushalt bei. Mit dem Alternativvorschlag führen wir einen dynamisierten Hebesatz für die kommenden zwei Jahre ein, bei einer leicht verstärkten Nutzung des städtischen Eigenkapitals. Damit schaffen wir eine verträglichere und vor allem planungssichere Lösung für die Alsdorfer Bürgerinnen und Bürger.

Darüber hinaus sind wir davon überzeugt, dass mit einer Belastungserhöhung der Bürgerinnen und Bürger stets der eigene Sparwille einhergehen muss. Aus diesem Grund finden Sie ebenfalls vier Vorschläge, die ganz konkret bei uns als Politik ansetzen: Die Anpassung des Verdienstaufschlags, die Begrenzung der sachkundigen Bürger, die Veränderung der Aufwandsentschädigung für unsere Ausschussvorsitzenden sowie die Streichung des dritten stellvertretenden Bürgermeisters.

Herr Bürgermeister,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als CDU-Fraktion sind wir bereit konstruktiv zur heutigen Entscheidung beizutragen und alternative Wege aufzuzeigen. Wir sind sogar bereit unliebsame Entscheidungen mitzutragen, solange es keinen anderen Ausweg mehr gibt. Deshalb lade ich Sie herzlich ein unseren Anträgen heute zu folgen und gemeinsam die wahrscheinlich letzte Möglichkeit zu nutzen, einen verträglichen Weg für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt einzuschlagen.

Vielen Dank.

Florian Weyand  
*Fraktionsvorsitzender*